

Die Ausländerfreunde der SVP

Die Partei will die Zuwanderung begrenzen – trägt aber seit Jahren dazu bei, zusätzliche Firmen und Jobs ins Land zu holen. Jetzt kritisieren wirtschaftsnahe SVP-Regierungsräte die 10-Millionen-Initiative. **Von Thomas Schlittler**

Die SVP, seit mehr als einem Vierteljahrhundert die stärkste politische Kraft im Land, hat einen Evergreen, von dem die anderen Parteien nur träumen können: das Klagelied auf die hohe Zuwanderung. Mit der sogenannten Nachhaltigkeitsinitiative gelingt es der Partei abermals, das Thema ganz oben auf der Agenda zu halten. Die Vorlage will in der Verfassung festhalten: «Die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz darf zehn Millionen Menschen vor dem Jahr 2050 nicht überschreiten.»

Im Parlament fand die Idee keine Mehrheit. Nun kommt auch Kritik aus den eigenen Reihen. Wirtschaftsnahe SVP-Regierungsräte sprechen sich gegen das Anliegen aus. Der Zuger Finanzdirektor Heinz Tännler sagt warnend: «Eine strikte Obergrenze der Bevölkerungszahl ist gefährlich und würde die Wirtschaft auf einen Schlag abwürgen.» Tännler hat zwar Verständnis für die Initiative. Viele Menschen würden die steigende Bevölkerungszahl als Problem sehen und eine sinkende Lebensqualität beklagen. Dennoch ist er der Meinung, dass die Vorlage «zu absolutistisch» ist: «Ein gewisses Wachstum muss möglich bleiben», sagt er. Wachstum bedeute Wohlstand. Die Parteikollegin Marianne Lienhard, Volkswirtschaftsdirektorin im Kanton Glarus, bezeichnet die Nachhaltigkeitsinitiative ebenfalls als «zu radikal»: «Wenn wir einfach einen Schnitt machen, funktionieren ökonomische Mechanismen nicht mehr», sagt sie. Auch Lienhard betont, dass sie den Ärger der Leute verstehe, die am Morgen im Zug keinen Sitzplatz fänden. Zudem sei es eine Tatsache, dass es in Teilen der Schweiz kaum mehr Platz habe für zusätzliche Wohnungen. Gleichzeitig hält sie es für unbestritten, dass die Personenfreizügigkeit für die Wirtschaft «existenziell wichtig» ist.



Mit der 10-Millionen-Initiative trifft die SVP einen Nerv. Die Zuwanderung beschäftigt die Menschen in der Schweiz seit Jahrzehnten.

Aktive Standortförderer

Die Voten von Tännler und Lienhard mögen überraschen. Sie sind aber konsequent. Schliesslich betreiben die beiden SVP-Regierungsräte seit Jahren eine Standort- und Steuerpolitik, die darauf abzielt, zusätzliche Firmen und Arbeitsplätze ins Land zu holen. Tännler ist das Gesicht der Zuger Tiefsteuerstrategie, die den Kanton enorm wohlhabend, aber auch zu einem Hort von Expats und Superreichen gemacht hat. Die Schattenseite davon: Jahr für Jahr verlassen Hunderte Zuger ihre Heimat, weil sie sich im Kanton keine Wohnung mehr leisten können. Lienhard wiederum sitzt im Stiftungsrat der Greater Zurich Area (GZA), die das Standortmarketing für die Kantone Glarus, Graubünden, Schaffhausen, Schwyz, Solothurn, Tessin, Uri, Zug und Zürich betreibt. Die Organisation verkündet Jahr für Jahr stolz, wie viele Firmen man ins Land holen konnte. Gekördert werden diese mit tiefen Steuern und dem Versprechen, dank der Personenfreizügigkeit auf hochqualifizierte Arbeitskräfte zurückgreifen zu können. Ökonomen sind sich einig, dass tiefe Unternehmenssteuern und eine aktive Standortförderung das Wirtschaftswachstum eines Landes ankurbeln, und damit auch die Bevölke-



Ein Gesicht der Schweizer Tiefsteuerpolitik: Der Zuger Finanzdirektor und SVP-Regierungsrat Heinz Tännler.

rungsentwicklung. «Rahmenbedingungen, welche die Attraktivität der Schweiz als Unternehmensstandort positiv beeinflussen, können Investitionen begünstigen und zu Ansiedlungen führen», sagt Michael Siegenthaler, Leiter der Arbeitsmarktforschung bei der Konjunkturforschungsstelle (KOF) der ETH Zürich. Das leiste der Schaffung von Arbeitsplätzen Vorschub und als Folge davon der Zuwanderung.

Die Liste der SVP-Exponenten, die durch ihre Standortpolitik das Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum anheizen, ist lang. Im Stiftungsrat der GZA sitzen mit dem Schaffhauser Dino Tammagni und der Solothurnerin Sibylle Jeker zwei weitere SVP-Regierungsräte. Zudem ist auch der oberste Standortförderer des Landes SVP-Mitglied: der Wirtschaftsminister Guy Parmelin. Im «Handbuch für Investoren» von Switzerland Global Enterprise, der Organisation für Export- und Investitionsförderung, schwärmt Parmelin vom Standort Schweiz und empfiehlt den Leitern internationaler Konzerne das Gespräch mit Ansiedlungsspezialisten: «Wir möchten, dass auch Ihre Firma Teil dieser Erfolgsgeschichte wird.»

Das Parteiprogramm der SVP ist ebenfalls ein Plädoyer für einen starken Wirtschaftsstandort. Insbesondere «tiefere Steuern» werden darin mehrfach gefordert: «Die internationale Wettbewerbsfähigkeit unseres Steuersystems ist ein grosser Standortvorteil», heisst es etwa. Ein wichtiger Botschafter dieser Forderung war Ueli Maurer, der sich in seiner Funktion als Finanzminister für Steuersenkungen starkmachte. Die Bemühungen der SVP – und der anderen bürgerlichen Parteien – waren durchaus erfolgreich, wie Zahlen des Beratungsunternehmens KPMG zeigen: In den vergangenen zwanzig Jahren gingen die durchschnittlichen Gewinnsteuersätze in den Kantonen um ein Drittel zurück. 2005 mussten

Unternehmen auf einen Gewinn von 100 Millionen Franken im Schnitt 22 Millionen an den Fiskus abliefern. 2025 werden für den gleichen Gewinn 14,4 Millionen fällig.

Wenn Firmen mit einem Investitionsprojekt Arbeitsplätze in ausgewählten Regionen schaffen, werden sie teilweise sogar vollständig von Unternehmenssteuern befreit. Auch Expats werden steuerlich bevorzugt behandelt. Wer einen entsprechenden Entsendungsvertrag hat, kann etwa die Kosten für den Umzug, die Wohnkosten in der Schweiz sowie die Gebühren für fremdsprachige Privatschulen von den Steuern abziehen. Die Linken wollten diese Expats-Privilegien 2014 streichen. Die bürgerliche Mehrheit war dagegen. Von der SVP gab es keine einzige Stimme für eine Abschaffung.

Aus dem Parteiprogramm geht hervor, dass die SVP gegen die Zuwanderung «qualifizierter Fachkräfte» nichts einzuwenden hat. Das Problem daran: Auch die klügsten Köpfe brauchen eine Wohnung, gehen einkaufen, ins Restaurant, zum Arzt, zum Coiffeur und ins Fitnesscenter. Kurz: Jede Fachkraft, die in die Schweiz kommt, schafft zusätzlich geringer qualifizierte Jobs – für die sich wiederum oft nur ausländische Arbeitskräfte finden lassen. Die Nachhaltigkeitsinitiative sieht vor, dass der Bundesrat und das Parlament insbesondere im Asylbereich und beim Familiennachzug «Massnahmen treffen» müssen, sobald die

Einwohnerzahl von 9,5 Millionen Menschen vor dem Jahr 2050 erreicht wird. Hinzu kommt die Neuverhandlung «bevölkerungswachstumstreibender internationaler Übereinkommen» – also die Personenfreizügigkeit mit der EU.

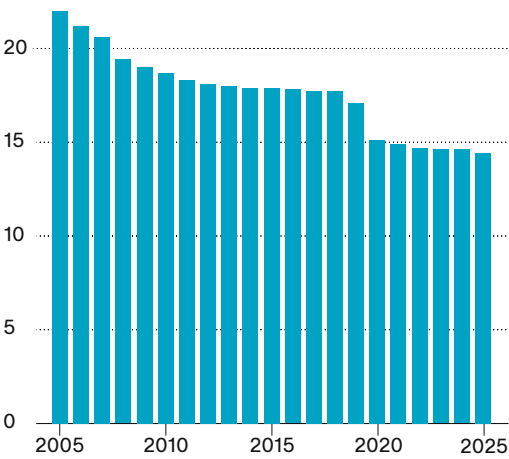
Massnahmen im Asylbereich wären tatsächlich am einfachsten umsetzbar. Der Einfluss auf die Zuwanderung bliebe aber gering. In den vergangenen zehn Jahren trug der Asylbereich nicht einmal 15 Prozent zum Bevölkerungswachstum bei. Der überwiegende Teil der Menschen, die in die Schweiz einwandern und hier bleiben, stammt aus der EU.

Familienlose Fachkräfte?

Mehr Potenzial hätte eine Einschränkung des Familiennachzugs. «Dieser Teil der Zuwanderung trägt nicht zum Wohlstand bei, sondern bringt grosse Kosten mit sich», sagt Finanzdirektor Tännler. Volkswirtschaftsdirektorin Lienhard verpflichtet ihm bei: «Der Familiennachzug generiert in Glarus und anderen strukturschwachen Regionen hohe Mehrkosten – und bringt insbesondere im Bildungs- und Gesundheitswesen zusätzliche Zuwanderung mit sich.» Die beiden sind sich aber einig, dass es schwierig ist, für diese Problematik eine Lösung zu finden. «Die IT-Fachkraft, die wir brauchen, kommt kaum in die Schweiz, wenn sie die Familie zu Hause lassen muss», sagt Tännler. Lienhard regt an, dass die Schweiz versuchen könnte, vermehrt sehr junge Leute anzuziehen, die noch nicht gebunden sind. Sie gesteht aber ein, dass auch diese Massnahme nicht ganz einfach umzusetzen wäre. Das Gleiche gilt für die Idee, die Zuwanderung über ein kompliziertes Kontingentsystem zu steuern anstatt über die Personenfreizügigkeit. «Das wäre sehr bürokratisch – und die guten Fachkräfte kommen auch dann nicht ohne Familie.»

Die vertiefte Auseinandersetzung mit den Ursachen des enormen Bevölkerungswachstums zeigt: Einfache Lösungen gibt es nur auf dem Papier. Ob dieses Papier bald die Bundesverfassung sein wird, muss das Stimmvolk entscheiden. Eine Prognose sei gewagt: Die Zuwanderungsdebatte wird der SVP auch in den kommenden 25 Jahren als Evergreen erhalten bleiben.

Gewinnsteuersätze gehen deutlich zurück
Im Laufe der letzten 20 Jahre bezahlten Unternehmen rund ein Drittel weniger Steuern



Quelle: KPMG

«Eine strikte Obergrenze ist gefährlich und würde die Wirtschaft auf einen Schlag abwürgen.»

Heinz Tännler